



# HESSISCHER LANDTAG

21. 11. 2016

Plenum

## **Antrag der Fraktion der FDP betreffend Klimaschutzplan und parlamentarische Beteiligung**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach einer Beteiligung des Parlaments bei der Verabschiedung des Klimaschutzplanes des Bundes. Michael Fuchs, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, erklärte für die Union: "Wir Parlamentarier müssen schon aus Respekt vor dem Wähler Mitsprache einfordern." Fuchs bezeichnete den vorgelegten Plan weiterhin als "fragwürdiges Vorhaben".
2. Der Landtag stellt fest, dass die hessische Landesregierung ohne parlamentarische Beteiligung Klimaschutzziele für Hessen beschlossen hat.
3. Der Landtag missbilligt, dass die hessische Landesregierung im Begriff ist, einen sogenannten "Klimaschutzplan Hessen 2025" zu beschließen, ohne dass der Landtag damit befasst wurde, und damit die Mitspracherechte der Abgeordneten ignoriert.
4. Der Landtag kritisiert, dass in die Arbeit des Steuerungskreises "Klimaschutz und Klimawandelanpassung", dem insgesamt 48 Vertreter vor allem aus dem Umfeld der öffentlichen Verwaltung und von Naturschutzorganisationen angehören, nur zwei Landtagsabgeordnete, ausschließlich aus den Reihen der Regierungsfractionen, einbezogen werden.
5. Der Landtag kritisiert, dass das sogenannte Beteiligungsverfahren zur Beratung der Vorschläge und der Vorstudie so gut wie unter Ausschluss der allgemeinen Öffentlichkeit stattfand und nicht ersichtlich ist, wer und welche Gruppen zu den zwei Regionalkonferenzen eingeladen wurden und auf welche Weise das Umweltministerium auf die Möglichkeit der Onlinekommentierung hingewiesen hat.
6. Der Landtag kritisiert zudem, dass nicht ersichtlich ist, warum welche Maßnahmen gestrichen wurden, welche Maßnahmen wie zusammengeführt wurden und aufgrund welcher Kriterien neue Maßnahmen in den Klimaschutzplan aufgenommen wurden.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Klimaschutzplan Hessen 2025 zu stoppen und den Landtag, ganz im Sinne der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geäußerten Kritik, umfassend zu beteiligen.
8. Der Landtag stellt fest, dass Klimaschutz eine europäische Aufgabe ist und die Europäische Kommission mit den Mitgliedsstaaten nationale Maßnahmen zum Klimaschutz vereinbart und schon aus fachlichen Gründen die Aufstellung eines gesonderten hessischen Klimaschutzplanes überflüssig ist bzw. die nationale Klimaschutzstrategie konterkariert.
9. Der Landtag teilt die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geäußerte Kritik an zahlreichen Maßnahmen des Klimaschutzplanes, weil diese, wie auch die im Rahmen des Klimaschutzplanes Hessen 2025 diskutierten Vorschläge, die individuelle Freiheit der Bürger einschränken, zu überflüssigen Mehrbelastungen der privaten Haushalte und zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft führen können.

**Begründung:**  
Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. November 2016

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Rentsch**